

Keynes' unvollendete Währungsrevolution

Die Rede in Wladiwostok am 1. September 2026.

4. September 2026 | Michael Hudson

Die bevorstehende Weltwirtschaftskrise erfordert eine neue internationale Wirtschaftsordnung unter der Führung Russlands, Chinas und des Irans

1. Ich werde darauf eingehen, wie die aktuelle Ölkrise eine Welle von Zahlungsausfällen auslösen wird, die irgendwann im Herbst in eine weltweite Finanzkrise mündet. Diese Krise wird den Außenhandel und die inländischen Finanzinvestitionen beeinträchtigen, die im Mittelpunkt dieser Konferenz stehen.

Die Frage ist: Wie wird diese Krise gelöst werden? Und wie werden die Regierungen Russlands, Chinas und ihrer asiatischen Nachbarländer damit umgehen? Welche neuen Handels- und Finanzvereinbarungen müssen getroffen werden?

Sie alle wissen, dass die US-Blockade der Ölexporte aus dem Persischen Golf 25 Prozent des weltweiten Handels mit Öl, Düngemitteln und auch Lebensmitteln lahmgelegt hat. Die Preise für diese Rohstoffe werden so stark in die Höhe schnellen, dass viele ölabhängige Industriezweige schließen müssen, da sie bei den neuen, höheren Ölpreisen keine Gewinne mehr erzielen können.

Auf nationaler Ebene werden die Regierungen gezwungen sein, Haushaltsdefizite in Kauf zu nehmen, um die Strompreise zu subventionieren, damit ihre Bürger ihre Häuser heizen und beleuchten können und Unternehmen weiterarbeiten können.

Viele Länder können es sich unmöglich leisten, höhere Preise für ihre Öl-, Düngemittel- und Lebensmittelimporte zu zahlen und gleichzeitig ihre fälligen Auslandsschulden zu begleichen. Die meisten dieser Schulden lauten auf Dollar.

Viele Länder in Asien und im Globalen Süden werden vor eine politische Entscheidung gestellt: Sie können es sich nicht leisten, ihre Industrie und ihre Bürger zu subventionieren, damit diese das teurere Öl bezahlen können, wenn sie gleichzeitig ihren planmäßigen Schuldendienst leisten müssen.

Es muss also etwas passieren. Die Länder werden vor der Wahl stehen, entweder ihre auf Dollar lautenden Schulden zu begleichen oder ihre eigene Wirtschaft zu schützen, indem sie die benötigten Lebensmittel und Brennstoffe kaufen und soziale Hilfen bereitstellen, um ihren Bürgern zu helfen, diese Krise zu überstehen.

2. Diese Krise wird ein politischer Katalysator für das Ende der bestehenden, auf den US-Dollar ausgerichteten Weltwährungsordnung und damit auch für das Ende der Rolle des IWF sein. Als die wichtigsten Überlebenden dieser Krise werden die Regierungen Russlands und Chinas natürlich die Führung in dieser neuen Ordnung übernehmen.

Vergleichen Sie dies mit den Ereignissen in den 1980er Jahren, als sich die Zahlungsausfälle latein-amerikanischer Staaten ausbreiteten, nachdem Mexiko 1982 seine Anleihen nicht mehr bedient hatte. Die Brady-Schuldenerlasse wurden von den privaten Anleihegläubigern selbst vereinbart, die versuchten, zu retten, was zu retten war.

Die asiatische Schuldenkrise von 1997 führte zu Übernahmen durch ausländische Investoren und zwang die Länder, sich den Kreditbedingungen des IWF zu unterwerfen, wonach die kreditnehmenden Länder ihre Wirtschaftspolitik neoliberalisieren mussten. Es kam zu einem massiven Vermögenstransfer an internationale Gläubiger, die zahlreiche asiatische Vermögenswerte aufkauften und versuchten, Russland zum Verkauf weiterer Vermögenswerte zu drängen.

3. Wie wird die Finanzkrise diesmal gelöst werden?

Die Welt braucht neue Regeln für die Währungs- und Zahlungsbilanzbeziehungen zwischen Überschuss- und Defizitländern, die verhindern, dass verschuldete Volkswirtschaften weiterhin unter chronischer Sparpolitik und Depression leiden müssen. Das große Problem besteht darin, wie mit neuen Staatskrediten umgegangen werden soll – und zwar so, dass ein Vermögens- und Wirtschaftskontrolltransfer an die Gläubigerländer vermieden wird.

Die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht darin, den bestehenden Rückstand an dollarisierten Schulden abzubauen. Sollten Russland und China Kredite bereitstellen, um ihre Handels- und Investitionspartner – einschließlich derer im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative – zu unterstützen, wäre es unzumutbar, wenn diese Mittel dazu umgeleitet würden, ausländische Anleihegläubiger für den enormen Rückstand an Krediten zu entschädigen, der das Wachstum der Länder gebremst hat, die am stärksten von Amerikas Ölkrieg betroffen sind – jenem Krieg, der die Ursache für die heutige Instabilität im internationalen Handel und im Finanzwesen darstellt.

Dabei geht es nicht nur um die Entdollarisierung der Weltwirtschaft. Es erfordert die Schaffung einer Alternative zu den gläubigerfreundlichen Regeln, die US-Diplomaten bereits 1945 geschaffen haben.

Es liegt auf der Hand, dass die Länder neue Schulden aufnehmen müssen, um die Ölkrise zu überstehen. Die neuen Vereinbarungen Russlands und Chinas in ihren Zahlungsbilanzbeziehungen mit Ländern Asiens und des Globalen Südens werden sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie ein internationales Kreditsystem geschaffen werden kann, das es Handelsüberschuss- und Investorenländern wie China und Russland ermöglicht, faire gegenseitige Gewinne zu erzielen, ohne ihren Handelspartnern und Schuldner eine Schuldenabhängigkeit aufzuzwingen, wie es die auf dem US-Dollar basierende Ordnung getan hat.

4. Die Lösung dieses Problems prägte 1944 die Debatte zwischen John Maynard Keynes im Auftrag des britischen Finanzministeriums und seinen amerikanischen Amtskollegen darüber, wie die Nachkriegswirtschaftsordnung gestaltet werden sollte, vor allem zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern.

Großbritannien befürchtete, dass die USA einen Handelsüberschuss erzielen würden, während Großbritannien und andere europäische Länder Defizite verzeichnen würden.

Es erkannte, dass es die Kontrolle über sein Imperium und sein „Imperial Preference System“ verlieren würde, das Indien und die ehemaligen Kolonien dazu verpflichtete, die während des

Zweiten Weltkriegs in Großbritannien angesammelten Währungsreserven dort auszugeben. Unter den US-amerikanischen Freihandelsregeln wurden diese Ersparnisse größtenteils für US-Exporte ausgegeben oder in den USA investiert.

Keynes befürchtete, dass die zunehmend wohlhabenden USA immer mehr Gläubigerforderungen gegenüber Großbritannien und dem übrigen Europa anhäufen würden. Im Auftrag des britischen Finanzministeriums schlug er eine Institution vor, die ein eigenes supranationales Buchhaltungssystem für Kredit- und Schuldentausch zwischen Zentralbanken schaffen könnte, wobei ein Fiat-Bancor als Rechnungswährung dienen sollte. Das Grundprinzip eines solchen Fiat-Kredits ähnelte stark dem, was der IWF mit seinen Sonderziehungsrechten geschaffen hatte. Doch anstatt diese Mittel einfach an Schuldnerländer zu verleihen, damit diese ihre Gläubiger bezahlen (und damit ihre Wechselkurse stützen) – unter der Bedingung, dass sie selbstzerstörerische Sparprogramme durchsetzen –, forderte Keynes, dass die Anpassung in Form einer Abschreibung der finanziellen Forderungen der Gläubigerländer gegenüber den Schuldnern erfolgen sollte, wodurch eine solche Zahlung überflüssig würde.

Diese Abschreibung würde die von den Gläubigerländern angesammelten offiziellen Ersparnisse auflösen, die in Form von Forderungen gegenüber den am stärksten verschuldeten Mitgliedsländern bestanden, welche diese nur durch wirtschaftlich zerstörerische Sparmaßnahmen und die Privatisierung des öffentlichen Sektors durch Verkauf an Investoren in den Gläubigerländern begleichen konnten. Würde dies nicht geschehen, würde dies zu einem Stillstand der öffentlichen Ausgaben und der Kredite führen, die zur Aufrechterhaltung ihres Wachstums erforderlich sind, und diese in den Gläubigerländern konzentrieren – deren Kapitalzuflüsse zunehmend dazu verwendet würden, Finanzblasen aufzublähen und Zusammenbrüche auszulösen.

Dieser Rahmen zielt darauf ab, den Aufbau neuer Schulden zu vermeiden, die die internationale Wirtschaft polarisieren würden, anstatt gegenseitige Gewinne aus Investitionen zu fördern. Die von den USA unterstützte Position des IWF forderte von den Schuldnerländern, ihre Schulden lediglich durch drastische Kürzungen der Staatsausgaben und die Besteuerung von Arbeit und Industrie zu begleichen, um die Preise so weit zu senken, dass der heimische Markt ausgehungert würde – und dadurch die inländische Produktion für den Export „freizusetzen“, um die Devisen zur Tilgung ihrer Schulden zu erwirtschaften, als ob die gesamte Produktion „austauschbar“ wäre.

Die Interessen der Gläubiger aus dem privaten Sektor weisen eine blinde Stelle auf. Sie verkennen die negativen Auswirkungen der Sparpolitik auf die Produktivität, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie die steigenden Lebensstandards und Investitionen in Bildung und Gesundheit, die erforderlich sind, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Sparpolitik verfehlt ihr angebliches Ziel, die Schuldnerländer in die Lage zu versetzen, ihre Schulden zu begleichen. Sparprogramme, wie wir sie kennen, treiben diese Länder noch tiefer in die Verschuldung – und diese Verschuldung finanziert lediglich ihre Handelsabhängigkeit.

Und diese Handels- und Schuldenabhängigkeit wurde als Hebel genutzt, um Länder dazu zu zwingen, ihr öffentliches Eigentum an die Gläubigerländer zu verkaufen. Das Ergebnis war eine massive Aneignung von Vermögenswerten nach 1945, die die internationale Wirtschaft polarisiert hat, anstatt den „Entwicklungsländern beim Aufholen“ zu helfen.

Die USA hielten bereits 75 Prozent der weltweiten Goldreserven und erhöhten diesen Anteil auf 80 Prozent, als sie 1950–1951 in den Koreakrieg eintraten. Dies stürzte sie in ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit und trieb sie schließlich 1971 zur Abkehr vom Goldstandard.

Die USA drucken einfach Dollar und fordern andere Länder auf, diese in den Kauf von US-Staatsanleihen und Wertpapieren zu investieren. Durch diesen Kreislauf wurden die Militärausgaben der USA im Kalten Krieg finanziert, ebenso wie ihre Handelsdefizite, die seit den 1980er Jahren aus der Deindustrialisierung resultieren, da die US-Wirtschaft bestrebt war, die öffentliche Infrastruktur sowie die Verteilung von Geld und die Kreditvergabe zu privatisieren.

Was ist die moralische Grundlage für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die größtenteils von China, Russland und dem Iran finanziert wird?

Gegenseitige Hilfe. Dies kann erreicht werden, indem Gläubiger eine Beteiligung an den Volkswirtschaften jener Länder übernehmen, deren öffentliche Infrastruktur sie durch Programme wie Chinas „Belt and Road“-Initiative finanzieren. Das Ziel besteht darin, dass Kredite für produktive Zwecke vergeben werden und nicht lediglich dazu dienen, Ländern die Tilgung von Schulden zu ermöglichen, die aus der Art von Handels- und Schuldenabhängigkeit der Vergangenheit resultieren, die die US-zentrierte Weltfinanzordnung nach 1945 geprägt hat.

In der Zusammenfassung: Die im vergangenen Jahrhundert vorherrschende, auf die Interessen der Gläubiger ausgerichtete Grundlage der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen wird durch ein von der US-Währung unabhängiges System ersetzt, in dem die Interessen der Schuldnerländer davor geschützt sind, dass Gläubiger darauf bestehen können, dass die Bedienung der Auslandsschulden Vorrang vor den inländischen Wachstumszielen hat.

Welche Länder sind am stärksten gefährdet? Die vom Öl abhängigen Länder und diejenigen mit Nahrungsmitteldefizit. Asien und der Globale Süden.

Sie werden auf Kredite aus Russland und China angewiesen sein und Schulden gegenüber dem Iran aufnehmen müssen, die möglicherweise von China garantiert werden.

Sie sind die einzigen Nationen, die bereit sind, sich im Rahmen des neuen Systems an Infrastrukturprojekten zu beteiligen, anstatt sich wie bisher in traditionelle Schuldknechtschaft zu begeben.

Dies ist eine realistische Perspektive, da das System der Hilfe zum gegenseitigen produktiven Nutzen China und Russland entschädigen wird.

Es wird sie und ihre Handelspartner vom Westen isolieren. Und mit der Zeit wird dies ihnen ermöglichen, die militärischen Ausgaben zu vermeiden, die für den Schutz vor der Kriegsdrohung Amerikas und dem Einsatz des einzigen Hebels anfallen, der den USA noch bleibt, um Einfluss auf andere Länder auszuüben: ihre Fähigkeit, Chaos zu stiften, wie beispielsweise durch Präsident Trumps „Liberation Day“-Zölle und seinen Krieg, mit dem er durch Angriffe auf Russland, Venezuela und den Iran einen Engpass im weltweiten Ölhandel schaffen will.